

Wie zukunftsfähig ist die „Zukunftsdebatte der IG Metall“ ?

Vorwort:

In zwei Wochen findet der zweite Teil des Gewerkschaftstages der IG Metall 2003 statt. Auf dieser Delegiertenkonferenz geht es auch um die Beurteilung der Zukunftsdebatte, die letztlich mit diesem Gewerkschaftstag abgeschlossen werden soll. Zielrichtung und Umsetzung dieser Debatte war stark geprägt durch die politische Orientierung des Zwickel-Lagers in der IG Metall. Es wird sich zeigen, ob die neue Führungsspitze diese Orientierung weiterverfolgen will oder bereit sein wird sich kritischer zu Ziel und Verlauf dieser Debatte zu positionieren. Der folgende Artikel versucht herauszuarbeiten, was Gegenstand einer solchen Kritik sein könnte. Er wurde im Juli letzten Jahres fertiggestellt und sollte in einem Reader über einen Workshop herausgegeben werden, der von DoktorantInnen der HBS in Oberursel organisiert wurde. Dieser Reader ist jedoch nicht erschienen. Ein Thema der Tagung war, ob die Zukunftsdebatte innerhalb der IGM ein Beispiel für Demokratisierung und Partizipation ist.

Über die Frankfurter Rundschau habe ich im Sommer 2000 erstmalig davon erfahren, dass die IG Metall eine neue Zukunftsdebatte führen will. Mein erste Reaktion war positiv. Einmal hatte ich noch Erinnerungen an die Zukunftsdebatte der Organisation Ende der 80er Jahre, die ich als vorsichtigen Versuch begriff, sich den Themen der neuen sozialen Bewegungen zu öffnen und sich auf die eigenen Wurzeln zu besinnen.¹ Dazu kommt der Frust darüber, dass sich die Gewerkschaften seit der großen Kampagne für die 35-Stundenwoche, in der letztmalig Ansätze für eine andere Art zu leben und zu arbeiten diskutiert wurden, nur noch in der Defensive befinden und die politische Ausweglosigkeit durch kleinmütige und entsolidarisierende korporatistische Orientierungen dokumentieren und verschärfen.² Ich erhoffte eine offene Debatte, die vor allem eins zu leisten hätte: eine schonungslose Analyse der gegenwärtigen Situation, eine Diskussion verschiedener strategischer Optionen und eine Neugestaltung des gewerkschaftlichen Lebens, das den Mitgliedern wieder stärkeres Gewicht einräumt und in dem Menschen sich entfalten können, die als GewerkschafterInnen überzeugen wollen und können.

Solche Anliegen scheinen sich auch in den Begründungen der Zukunftsdebatte wiederzufinden. So schreiben Klaus Lang und Jupp Legrand:

„Mit der jetzigen „Zukunftsdebatte“ wird auf der einen Seite an die Diskussion der 90er Jahre angeknüpft, andererseits aber in doppelter Hinsicht ein deutlich anderer Ansatz verknüpft: Zum einen geht es darum, die Beteiligung der Mitglieder und Nichtmitglieder ins Zentrum zu stellen. Zum anderen geht es um den klaren Willen, die Ergebnisse der Beteiligung und Befragung auch in die Programmatik der IG Metall einfließen zu lassen.(...) Die Zukunftsdebatte ist ein offenes Angebot, das „von unten“ mit Leben erfüllt wird. Wenn wir in der Gesellschaft stärker auf demokratische Vereinbarungen setzen statt auf bürokratische Verordnungen bauen, muss sich dies auch in der Organisation, dem Verlauf und der Struktur der Zukunftsdebatte widerspiegeln(...)“

Doch in der Zielformulierung dieses Artikels wird auch deutlich, dass eine selbstkritische Bestandsaufnahme nicht ernsthaft ins Auge gefasst wird. Stattdessen geht es in erster Linie um eine Imagepflege für die öffentlichen Medienmarktplätze. was sich bei Lang/Legrand so liest:

„Die öffentlichkeitswirksame Präsentation und mediengerechte Vermarktung der Zukunftsdebatte sind bis zum nächsten Gewerkschaftstag ein identitätsstiftender Schwerpunkt für die IG-Metall-Arbeit. Die Zukunftsdebatte ist unsere „neue“ Visitenkarte. Sie ist werbe- und Imagekampagne, nach innen wie nach außen. Die Zukunftsdebatte vermittelt ein positives Bild: IG Metall steht nicht für „gestern“, sondern „arbeitet“ im Heute und ist offen für morgen. (...) Das (so heißt es am Schluß; JG) wird gelingen, wenn sich alle – Mitglieder und Nichtorganisierte wie Öffentlichkeit – neugierig und offen auf unsere Zukunftsdebatte einlassen und sich als Teil der gewerkschaftlichen Suchbewegung engagieren.“³

Meine zentrale These ist: Sowohl die Anlage der Zukunftsdebatte als Marketingkampagne als auch das wachsende Bestreben die IG Metall in der neoliberal verseuchten „Politischen Mitte“ andockfähig

¹ Zu mindestens von in der Bildungsarbeit Aktiven wurde damals das Buch von Martin Kempe „Die Kraft kommt von den Wurzeln“ gelesen, der diese Öffnung in den Mittelpunkt seines Buches stellte.

² Dieser Leidensdruck weckte Anfang der 90er Jahre mein Interesse für andere Ansätze, die letztlich auch zum Gegenstand einer Diplomarbeit über die schwedischen Gewerkschaften führten.

³ Klaus Lang/ Jupp Legrand: „Wie die IG Metall vom Image des Gestrigen wegkommen will“ – FR-Dokumentation v. 29.1.2001

zu machen, erweisen sich als Problem für einen Prozess der Selbstverständigung der Mitglieder über Wege aus der Krise der Organisation.

Die politische Beteiligungskultur der Gewerkschaften als Massenorganisation entwickelt sich nicht in einem politischen Organisationsbiotop. In ihr drücken sich gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen aus. Eine zentrale Tendenz ist dabei sicher die Mediatisierung der Politik, gerade als Produkt einer Entwicklung, in der die gesellschaftlich dominanten Kapitalgruppen erfolgreicher denn je gesellschaftliche Alternativen auszugrenzen verstehen. Je mehr sich also das zur Abstimmung stehende Politikangebot in den Kernfragen nicht mehr unterscheidet, wächst die Bedeutung der medialen Inszenierung von Details wie "Lifestyle"-Fragen von Kandidaten zu echten Wahlalternativen. Im Rahmen dieses Spiels über die Bande der Medien entleeren sich auch die demokratischen Organisationsstrukturen der Parteien. Sie werden zu Kanzlerwahlvereinen, die Programme bei Instituten bestellen, ohne dass sie innerparteilich diskutiert werden müssen.⁴ Eine Folge dieser Praxis ist die viel beklagte Politikmüdigkeit bzw. –verdrossenheit, die nicht nur aus Parteien reine Karrieremaschinen macht, sondern auch autoritären Strömungen Aufwind gibt. Wichtige und wachsende Ziel- wie Opfergruppe sind dabei alle, deren Interessen durch Ausgrenzungs- und Verarmungsprozesse unter die Räder geraten.

Vor diesem Hintergrund sollten Gewerkschaften für eine Politik stehen, die sich dieser Entwicklung widersetzt und den von dieser Politik bedrohten Lohnabhängigen Stimme und Partizipationschancen bietet, wobei dieses Angebot keinesfalls nur für die sog. „Modernisierungsverlierer“ von Interesse ist. Der gewaltige Zulauf, den gegenwärtig die attac-Gruppen erhalten, zeigt, dass es auch im Bereich qualifizierter Lohnabhängigenschichten eine wachsende Zahl von Menschen gibt, die der Zerstörung demokratischer Entscheidungsstrukturen und entsolidarisierender Strategien entgegentreten wollen und somit eine wichtige Zielgruppe gewerkschaftlicher Organisationsarbeit sein sollten. Diese Zielgruppe ist jedoch weniger denn je dazu bereit sich auf Organisationsstrukturen einzulassen, die sie passiv vereinnahmt oder nur vertritt, ohne dass der/die Einzelne die Chance zu selbständigem Engagement hat und reale Veränderungen bewirken kann.

Die Voraussetzungen für eine solche Bindungsfähigkeit sind jedoch – betrachtet man den Status Quo Ante Zukunftsdebatte - nicht gut. Dies gilt sowohl für die Partizipationsangebote als auch für die vielzitierte Gestaltungsmacht im Sinne gewerkschaftlicher Anliegen. Gerade die Situation der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, die eigentlich einmal eine zentrale Rolle spielen sollten, auch das Gewicht des Mitgliederwillens gegenüber den Betriebsräten und den Hauptamtlichen und Sekretären der Verwaltungstellen zu sichern, ist – so ein Thesenpapier der Abteilung Gewerkschaftliche Betriebspolitik⁵ - katastrophal. So heißt es in der These 1:

„Vertrauensleute haben eine hohe Motivation für soziales Engagement (einen starken Gerechtigkeitssinn und eine hohe Bereitschaft sich für andere einzusetzen). Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Diesen Ansprüchen wird die IG Metall nicht gerecht. Vertrauensleute fühlen sich dann instrumentalisiert, wenn sie selbst an der Konzeption und Umsetzung von Kampagnen, wie z.B. zur Mitgliederwerbung oder Tarifrunde, nicht beteiligt sind.“

In den Thesen ist zu lesen, dass die VL in der Auseinandersetzung mit der Gruppenarbeit im Regen stehen und die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten schlecht ist. Eine gemeinsame Umsetzung, Planung und Durchführung betrieblicher Aktivitäten finde nicht statt. Und auch die Hauptamtlichen in den Verwaltungstellen förderten kaum die Zusammenarbeit. Eine Vorbereitung der Kandidaten/innen auf ihre Aufgaben gäbe es nicht. „Sie werden ins kalte Wasser geworfen – viele gehen dabei unter.“ Die VL seien bis auf wenige Ausnahmen vom Bildungsangebot nach §37,6 BetrVG ausgeschlossen und ihre Arbeit nicht Thema der IG-Metall-Medien. Der örtliche VK-Ausschuss spiele außer bei Mitgliederwerbeaktionen und in der Tarifbewegung keine Rolle.

Doch auch viele Betriebsräte scheinen vor unüberwindlichen Problemen zu stehen, wenn es darum geht, die Ziele der Organisation und die Schutzinteressen der Belegschaften gegenüber den Verwer-

⁴ Siehe dazu aktuell: Markus Feldenkirchen: „Uneingeschränkter Herrscher“, Tagesspiegel. 21.4.2002

⁵ 12 Thesen zur Vertrauensleutearbeit der IG Metall; <http://www.igmetall.de/betriebsraete/vertrauensleute/12thesen.html>

tungsansprüchen der Unternehmer zu verteidigen. So resümieren Bergmann/Bürckmann/ Dabrowski⁶ in einer Studie, die sich auf die Befragung von 30 Funktionären aus 28 Betrieben aus dem Organisationsbereich der IG Metall stützt, dass die InteressensvertreterInnen neuen Formen der „Kommerzialisierung der Arbeitskraft“ wenig entgegenzusetzen haben und die Organisation die Suspendierung verbindlicher Normen des Tarifvertrags bisher ohne Gegenwehr hingenommen habe. Ein Krisensymptom seien auch die Begriffe und die Semantik der öffentlichen und internen Diskussion, in denen sich die IG Metall die Problemdefinition durch die Arbeitgeberverbände vorgeben lasse und in allen wesentlichen Momenten der neoliberalen Hegemonie verhaftet bliebe, was letztlich auf eine Delegitimierung von Lohnarbeiterinteressen hinauslaufe. Die Preisgabe gewerkschaftlicher Errungenschaften sei dabei oft nicht das Ergebnis offener Diskussion innerhalb der Belegschaft, sondern werde als alternativloses Handeln „nachgeschoben“. Die Mehrheit der Befragten fühlte sich vom Prozeß der Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Die Autoren bestätigen auch die prekäre Situation der VL: Entweder gibt es sie nicht mehr oder sie werden vom BR als verlängerter Arm instrumentalisiert und so gewerkschaftlich neutralisiert.

Betrachtet man die Minderung bzw. die Überwindung der Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen als gewerkschaftliche Ur- und Kernaufgabe, so liest sich folgendes Statement der Studie wie ein kleiner Offenbarungseid einer Organisation, die sich gerne als machtvoll bezeichnen läßt:

„Dass Konzerne die latente Konkurrenz zwischen den Standorten für ihre Ziele nutzen, ist selbstverständlich. Nicht ganz plausibel, wenn auch nachvollziehbar ist es, dass sich Konzern- und werksbetriebsräte auf das Co-Management einlassen... Nicht plausibel ist es indessen, dass die IG Metall den entsolidarisierenden Effekt der Konkurrenz – mitsamt den materiellen Zugeständnissen, die damit verbunden sind – nicht entgegenzutreten versucht. In keinem der Interviews mit Betriebsräten und Vertrauensleuten aus den Automobilkonzernen finden sich Hinweise oder auch nur Andeutungen über solche Versuche.“⁷

In den letzten Jahren führte das Übergehen von Mitgliederbeteiligungen oder die Mißachtung zuständiger Entscheidungsgremien durch Mitglieder des Vorstands immer wieder zu Protesten innerhalb der Organisation.

Dies schwappte hoch in der Debatte um die sog. „Telepolitik“. Auf die Reaktion des Leiters der Grundsatzabteilung, Klaus Lang, der öffentlich Differenzen innerhalb des IGM-Vorstands über den Ablauf der Tarifrunde 2000 zu dementieren versuchte, antworteten vier Betriebsräte von Porsche in einem Leserbrief der FR:

„Der Kollege Klaus Lang sitzt in seinem Frankfurter Elfenbeinturm und verkündet eine sehr eigenwillige Sichtweise auf die Vorgänge um den jüngsten Tarifabschluss und Zustand und Perspektive der IG Metall. Das kann nicht ohne Widerspruch bleiben: Rente mit 60 war keineswegs ein Beschluss des Gewerkschaftstages 1998, ebenso wenig wurde der Abschied von der Verkürzung der Wochenarbeitszeit beschlossen, der jetzt praktisch vereinbart wurde. Rente ab 60 war ein Mediencoup unseres Vorsitzenden Zwickel, dem nach Langs Meinung in der IGM zukünftig noch andere folgen sollen. Die von unserem Mitgliedern eingeforderte Demokratie in der Gewerkschaft wird mit dem Verweis auf eine so genannte Mediengesellschaft zum, alten Eisen gelegt. Wer die Willensbildung in den gewerkschaftlichen Gremien durch Verlautbarungen in Fernsehen und Zeitungen ersetzt, sollte sich fragen, ob er damit noch auf dem Boden unserer Satzung agiert. Dieses Vorgehen und daraus resultierende Tarifabschlüsse sind der Grund sowohl für den zunehmenden Mitgliederschwund als auch für den Zynismus und Desinteresse bei Noch-Mitgliedern. Die demokratische Kultur in der IG Metall liegt sehr im argen. Mehrere Resolutionen des IGM-Vertrauenskörpers bei Porsche an den Vorstand (...) blieben ohne Antwort. Einstimmige Beschlüsse, hinter denen bei Nachfrage viele gar nicht stehen, haben Tradition, um Entscheidungen der Führung formal absegnen zu lassen. Es scheint, als wolle Klaus Lang die Politikmethoden Schröders der IGM zum Vorbild empfehlen.“

Die hier kritisierte Praxis begann schon vorher und setzt sich bis in die Gegenwart fort. Sie gilt sowohl für das Zustandekommen der Zwickel-Initiative zum „Bündnis für Arbeit“ als auch für die im letzten Jahr abgegebenen Erklärung des 1. Vorsitzenden im SPIEGEL, in der die Kriegsführung in Afghanistan für mit dem Völkerrecht vereinbar erklärt wurde.⁸

Angesichts dieser Tendenzen zur Aushöhlung der innerorganisatorischen Demokratie und Mitgliederpartizipation wären jetzt Korrekturen nötig, die sicherstellen, dass sich die gewerkschaftliche Willens-

⁶ Joachim Bergmann/ Erwin Bürckmann / Hartmut Dabrowski: „Reform des Flächentarifvertrags?“ Betriebliche Realitäten – Verhandlungssysteme – gewerkschaftliche Politik, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/1998, S.1-91

⁷ S. 73f.

⁸ Siehe dazu den Briefwechsel zwischen der Abt. 1. Vorsitzender und dem Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin; <http://www.labournet.de/igm-akint.berlin/dokumente/Briefwechsel%20mit%20dem%20IGM-Vorstand.htm>

bildung in der Organisation und unter Kontrolle der Mitglieder entwickeln kann. Eine Zukunftsdebatte könnte unter Beweis stellen, dass sie eben dies zu organisieren versteht.

Mein Eindruck ist, dass die bis zum Kongress in Leipzig geführte Zukunftsdebatte diesem auch von ihr selbst erhobenen Anspruch nicht gerecht wurde.

Klaus Zwickel hat in einer Presseerklärung zur Vorlage des Zukunftsreports von einer Zahl von 120 000 beteiligten Mitgliedern und nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern gesprochen und eine in der Gewerkschaftsgeschichte einmalige Beteiligung bilanziert. Ich mißtraue dieser positiven Bilanz.

Geht man davon aus, dass von den 120 000 3/4 Mitglieder waren, kommt man bei der Mitgliederzahl der IG Metall auf eine Beteiligungsquote von 3,3%, was nicht so viel ist. Doch auch diese Zahl wäre ein Erfolg, wenn die daran Beteiligten wirklich die Chance zu einer Debatte über gewerkschaftliche Politik gehabt hätten. Nach Lage der Dinge haben sie jedoch nur einen Fragebogen nach dem Multiple Choice-Verfahren ausgefüllt. Um eine maschinenlesbare Auswertung zu garantieren waren die Fragebögen so formuliert, dass die meisten Fragen nur Antworten entlang des Musters „richtig so“, „weniger“ oder „mehr davon“ zuließen. Eigene Ansätze oder andere Beurteilungen waren nicht möglich. Ich habe aus diesem Grunde den Fragebogen nicht ausgefüllt. Und ich weiss von einer Reihe von interessierten Gewerkschafterinnen, die dies mit ähnlichen Begründungen verweigert haben.

Wenn ich von den Erfahrungen der Berliner Verwaltungsstelle ausgehe, so zeichnet sich in Punkto Beteiligung an der Zukunftsdebatte der Organisation folgendes Bild ab:

- Es gab keine Veranstaltung, die von der OV zur Zukunftsdebatte organisiert wurde
- 5 Foren der Bezirksleitung fanden statt, die teilweise in Dresden stattfanden und nur in einem engen Funktionärskreis bekannt wurden
- Es kam kein über die OV organisierter Diskussionsprozess zustande (einzig: Versuch einer Veranstaltung durch die OV über die Kooperation von OV, BR und VKs – scheiterte an Terminfragen)
- Eine kollektive Auswertung der Kampagne und des Zukunftskongresses ist nicht vorgesehen
- Stattgefunden hat eine Diskussion der Senioren, die dabei bemängelten, dass ihre Themen nicht vorkommen
- Den größten Anteil an den Aktivitäten zum Thema hatte der Arbeitskreis Internationalismus, der jedoch den Partizipationsanspruch der Zukunftsdebatte für gescheitert ansieht und Probleme mit den politischen Zuspitzungen der Programmdebatte hat⁹

Die Berliner Verwaltungsstelle ist nicht die größte und sie mag nicht repräsentativ sein. Doch immerhin hat sie eine starke linke Fraktion in der Ortsverwaltung – also Kollegen, die für solch ein Thema eher sensibilisiert sein dürften. Nicht viel anders sieht es in der mir ebenfalls vertrauten Verwaltungsstelle im bayerischen Augsburg aus – eine traditionelle eher große Verwaltungsstelle. Auch hier lief nach Aussagen mir bekannter langjährig aktiver Metaller das Thema Zukunftsdebatte an den Mitgliedern und Funktionären praktisch vorbei.

Den letzten Eindruck gab der Zukunftskongress in Leipzig, an dem vier Mitglieder unseres Arbeitskreises als Delegierte teilgenommen haben. Ihr gemeinsamer Eindruck war: Eine mit professionellen Moderatoren perfekte Medieninszenierung. Die reale Zeit, in der die dort anwesenden Mitglieder der IG Metall die Chance hatten über das Manifest zu diskutieren, wurde auf 35 Minuten geschätzt. Ein Kollege berichtete, dass seine Vorschläge, die er in einer 10er Gruppe einbrachte, am Samstag-Plenum

⁹ Verteilen eines Faltblatts am 1.Mai 2001 mit Anregungen und Antworten zu den vier Spiegelstrichen der ZD Zukunft der Arbeit, Gewerkschaft, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik; Veranstaltung mit aktiven Kollegen aus 5 Automobilbetrieben zur Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit als einziges Angebot in den sog. "Wochen der Aktivierung und Beteiligung"; Veranstaltung mit einem Vertreter der Süd-NGO aus Nicaragua, Peter Wahl von Weed-Attac und Horst Schmitthener zum Thema "Gewerkschaften und soziale Bewegungen – Stiefschwestern oder strategische Allianz?" beides 2001 – nachzulesen im Internet

von dem zuständigen Moderator unterschlagen wurden. Der gleiche Kollege sprach auch von einer sozialtechnologischen Veranstaltungsorganisation, die Kritik nur noch in Form nicht gezollten Beifalls ermöglicht.

Auch die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der präsentierten Ergebnisse der Zukunftsdebatte läßt Fragen offen. So wurde bei der Zusammenfassung der Ergebnisse der Befragungen im Zukunftsreport ein Abschnitt „Diskussionsanreize und Zuspitzungen“ verfaßt, der zentrale Aussagen aus den verschiedenen Quellen der Debatte, u.a. der wissenschaftlichen Studien, umfassen sollte. Die Autoren der Teilstudie „Zukunft der Gewerkschaften“, zu denen auch ich gehöre, konnten jedoch keine der zentralen Ratschläge, die die Studie resümierend als Politikempfehlung formuliert hat, hierin wiedererkennen. Wir hatten den Gewerkschaften empfohlen

- inklusivere Formen der Solidarität abhängig Arbeitender zu ermöglichen
- sich mehr als soziale Bewegung zu begreifen und weniger auf institutionelle Einbindung zu verlassen
- sich supranationaler zu orientieren und Formen internationaler Organisation zu verstärken
- als Selbstverteidigungsorganisationen abhängig Beschäftigter vor allem Solidarität zu organisieren und nicht zu Dienstleistungsagenturen mutieren
- sich gesellschaftliche Visionen zu leisten und nicht in Pragmatismus untergehen

Auch wenn der Fragebogen der Zukunftsdebatte den Anforderungen einer wirklich offenen Diskussion nicht genügt bzw. eine durch ihn angeregte Debatte um Auswege aus der Defensive gewerkschaftlicher Politik meiner Wahrnehmung nach nicht zustande gekommen ist, enthalten die Antworten der Befragten doch eine ganze Reihe von Rückschlüssen darüber, wie die Politik der IG Metall bzw. der Gewerkschaften überhaupt beurteilt wird.¹⁰

Was anderes als der Ausdruck einer ernsten Vertrauenskrise in die Fähigkeit der eigenen Organisation sich in einem Klima verschärfter Angriffe erfolgreich zur Wehr zu setzen, drückt sich darin aus, dass sich nur 16% der Antwortenden eine Zunahme der Macht der Gewerkschaften vorstellen können. Über 80% sehen sie als eher oder sicher geschwächt. Dies entspricht nicht dem Wunsch der Befragten, die sich zu 2/3 eine Zunahme der Macht der Gewerkschaften wünschen. Dieser Zusammenhang drückt sich z.B. auch aus in der Beurteilung der Überlebensfähigkeit der Tarifverträge, deren Erhalt und Ausbau eine Mehrheit für wünschenswert, deren Ablösung zugunsten betrieblicher Regelungen jedoch 51% für möglich halten.

Auf das Statement „Die IG Metall hat in der Vergangenheit viel erreicht – heute ist sie aber überflüssig“ antworten 61%, also fast zwei Drittel, mit Ja. Aus dieser Antwort kann man auch etwas ganz anderes lesen als die dies von Modernisierern nahegelegt wird. Nicht das Image des „Ewig Gestrigen“ macht der Gewerkschaft zu schaffen und erzwingt eine glaubwürdige Abkehr vom Typ der IG Metall der Vergangenheit. Die Vergangenheit hat hier doch einen positiven Klang, vielleicht schlicht deshalb, weil sie mit einer heute nicht mehr vorhandenen Durchsetzungsfähigkeit verbunden war. Sollte es anders sein, muss es keinesfalls ein Grund zur Freude sein, weil sich darin ein durchschlagender Erfolg der neoliberalen Doktrin über die Hinderlichkeit von Gewerkschaften ausdrücken könnte. Immerhin sehen 33% die Gewerkschaften für wichtiger denn je an, obwohl nur 16% klare Zukunftskonzepte erkennen können. Gerade diese Aussage spricht Bände über den visionslosen Pragmatismus der gegenwärtigen Gewerkschaftspolitik.

Deutliche Mehrheiten fordern mehr Einsatz im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für Lohnerhöhungen, für eine Stabilisierung der Sicherungssysteme, den Erhalt und Ausbau der Tarifverträge, den Abbau der Überstunden, geschlechtliche Gleichstellung sowie Produktivkapitalbeteiligung und für Qualifizierung. Dabei votiert eine deutliche Mehrheit für die Beibehaltung der sozialen Versicherungssysteme in der jetzigen Struktur und für eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis.

¹⁰ <http://www.igmetall.de/themen/zukunft/werkstatt/zukunftsreport/index.html>

Eine Gewerkschaftspolitik, die gesellschaftliche Lösungen für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit sucht statt sich an der Disziplinierung der Arbeitslosen zu beteiligen, die für eine erneute Anhebung der Lohnquote eintritt statt durch Wettbewerbskorporatismus die Vereinbarung der EU-Gewerkschaften von Dornn infrage zu stellen, den Tarifvertrag verteidigt und für seine Ausdehnung kämpft statt ihn durch Differenzierungsmodelle weiter auszuhöhlen, hat hier eine Basis im Votum der Mitglieder. Dies trifft auch auf die erkennbare Akzeptanz zu, die Koordinierung der europäischen Tarifpolitik zu verstärken.

Die Position zur Politik der Gewerkschaften in Bezug auf die sozialen Sicherungssysteme ist eine unverhohlene Kritik an der gegenwärtigen Linie des IG Metall-Vorstands, der z.B. im Gegensatz zur IG BAU, die ein Modell einer erneuten solidarischen Rentenversicherung entwickelt hat, dem neoliberalen Druck zur Privatisierung des Altersrisikos nachgegeben hat. Interessanterweise wurde dieses Meinungsprofil der Mitglieder von Jupp Legrand auf der Podiumsdiskussion in Oberursel nicht als Ermunterung betrachtet, gemeinsam mit anderen Gewerkschaften und z.B. mit NGOS wie attac oder Wohlfahrtsorganisationen wie dem Reichsbund für eine solidarische Rentenversicherung zu streiten, sondern als krasses Beispiel für zukunftslosen „Strukturkonservatismus“, der eine Zukunftsdebatte geradezu herausfordere.

Auch die Antworten, die zur Frage nach erfolgversprechenden Kampfmitteln gewerkschaftlicher Politik gegeben wurden, setzen weniger auf die öffentliche Beschwörung gewerkschaftlicher Modernität, sondern auf weniger devote Überzeugungsmittel. Während nur 33% sich aus einer vermehrten Kompromißfähigkeit etwas versprechen, fordern 50% eine größere Konfliktbereitschaft. Für 58% werden zu viele Kompromisse gemacht. 44% kritisieren eine zu starke Orientierung am Management. Der Anteil, der sich für deutlichere gewerkschaftliche Machtdemonstrationen ausspricht ist mit 47% deutlich größer als der Teil, der „eher Verhandlungen“ befürwortet.

Ein vorläufiges Ergebnis der Zukunftsdebatte war das Zukunftsmanifest, das mit dem Titel „Offensive 2010 – Chancen für eine bessere Zukunft“ auf dem Zukunftskongress in Leipzig vorgelegt wurde. Dieses Manifest hat keinen Beschlußcharakter. Es wird nach Kritiken, die auch auf dem Kongreß laut wurden, weiter überarbeitet. Der neue Entwurf soll nach der Sommerpause veröffentlicht werden. Die entgeltliche Beschlußfassung erfolgt auf dem Gewerkschaftstag 2003.

Das dem Kongreß vorgelegte Dokument ist kein in sich stringentes Modell für eine bestimmte Politik. Es ist – schließlich werden hier 144 Thesen schlaglichtartig hintereinander aufgereiht – ein spannungsreiches Dokument, das unterschiedliche, auch sich widersprechende Einschätzungen und Politikansätze vereint. Oft stehen Dimensionen der realen Entwicklung erklärunglos und unverbunden nebeneinander. Viele Entwicklungen – wie z.B. die „ökonomische Globalisierung“ oder auch das, was im Manifest als „Strukturwandel“ bezeichnet wird, bekommen eine prinzipielle Dichotomie zugesprochen, die gleichgewichtig Chancen und Risiken hervorbringt. Offensichtlich ist es dann eine „reine Gestaltungsfrage“ der politischen Akteure die Risiken zu umgehen und die Chancen zu nutzen.

Die grundsätzlich unterentwickelte Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und der daher ebenso schwach ausgeprägte Versuch dieser Doktrin eine eigene Logik des sozialen Handelns entgegenzusetzen, mögen es erklären, dass die Beziehung von Chance und Gefahren nicht schlüssiger analysiert wird. Denn die Wahrnehmung der Chancen und das Ausschalten der Gefahren ist nicht einfach das Ergebnis aufgeklärten Denkens, sondern Ergebnis heftiger sozialer Auseinandersetzungen, in der die Gewerkschaften als soziale Akteure erfolgreich Herrschaftsstrukturen bekämpfen, die entweder ein direkter Ausdruck der ökonomischen Strukturen sind oder den bewußten Zweck verfolgen durch Ausdehnung von Konkurrenzbeziehungen Schwäche und Ohnmacht verursachen.

Der Neoliberalismus ist mehr als eine bestimmte Spielart der Politik. Er ist ein recht geschlossenes und zumindest in der Herrschaft auch erfolgreiches Konzept das Primat kapitalistischer Verwertungsinteressen zu sichern. Und – und eben dies „übersieht“ die herrschaftskonforme „Neue Mitte“: Der Neoliberalismus hat nur insofern ein Interesse an Sozialpakten als diese bereit sind seine entsolidarisierende und konkurrenzfördernde Wettbewerbslogik zu transportieren. Dies wurde jedoch nicht zum Thema der Zukunftsdebatte, da offensichtlich die einflußreichsten Akteure innerhalb der Organisation ihre Zukunft im Wettbewerbskorporatismus sehen. Deshalb kam weder das Bündnis für Arbeit ernsthafter auf den Prüfstand der Debatte noch die unzähligen betrieblichen Standortpakete, die in der

Regel vertraglich die Zustimmung zu verstärkter Ausnutzung von Rationalisierungsreserven mit einem gebremsten Sozial- und Belegschaftsabbau festschreiben. Galt dies trotz massenhafter Praktizierung in Teilen der Organisationsspitze bisher als Problem, weil Produkt von Erpressung, so gibt es nun in der Debatte verstärkt Vorstöße, diese Bauschmerzen dadurch zu überwinden, dass man sich „positiv“ zu dieser Praxis bekennt. Zu dieser Tendenz paßt auch, dass Jupp Legrand auf der Podiumsdiskussion die Chancen der Globalisierung mit den Erfolgen der deutschen Exportindustrie begründet hat. Ein solches „beggar my neighbour“-Denken ist jedoch unvereinbar mit einer grenzüberschreitenden Solidarität von ArbeitnehmerInnen. Ein Selbstbewußtsein, das von den Mitgliedern nur noch eine Identität von Spielern erwartet, die gegeneinander um Sein oder Nichtssein antreten, ist in der Tat modern, weil vollens auf der Höhe der Zeit. Nur hat das mit dem, wofür Gewerkschaften stehen, wenn sie diesen Namen verdient haben, kaum mehr etwas zu tun.

Das Manifest ist zwar kein Dokument der „Neuen Mitte“. Es enthält auch zutreffende Einschätzungen und fruchtbare Schlußfolgerungen, insbesondere im Abschnitt der Thesen 108-127, in denen es um Veränderungen geht, die nötig sind unterrepräsentierte Zielgruppen zu gewinnen und eine verbesserte Beteiligungskultur zu schaffen. Doch haben Horst Schmitthenner und Hans-Jürgen Urban zurecht darauf hingewiesen, dass der „Geist der neuen Sozialdemokratie“ immer wieder in den Zeilen spukt. Er findet Eingang als bisher abgelehnte Politikoption für einen neu interpretierten „aktivierenden Sozialstaat“ und in der Strategie der weiteren Öffnung der Tarifverträge, die den schönen Anstrich bunter Vielfalt bekommt. Er zeigt sich in Ausstiegsszenarien von der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung und in Bildern, die das Konzept der „Employability“, das den ständigen Anpassungszwang der Arbeitskraft an neue oder vermeintlich neue Verwertungschancen zu einem positiven gewerkschaftlichen Ziel erhebt und bei mangelnder „Selbstverantwortung“ Sanktionen rechtfertigt. Auch der Ausschluß von Umverteilungsansprüchen in Tarifrunden gehört dazu. Diese Signale sind auch in der bürgerlichen Presse angekommen, die dies – wie z.B. der Berliner „Tagesspiegel“ – als Eingeständnis wertet, dass die Gewerkschaften so weit sind, dass sie nicht mehr in der Lage sind, kollektive Orientierungen zu vermitteln und sich nun die Philosophie der „Neuen Mitte“ zueigen machen.

Doch der Kongress in Leipzig hat allen Showeinlagen des Eventmarketings zum Trotz auch gezeigt, dass selbst unter diesen Umständen Kritiken am vorgesehenen Programmfahrplan geübt wurde. Er deckt sich offensichtlich nicht mit den Erfahrungen und Bedürfnissen wichtiger Teile der aktiven Mitgliedschaft. Diese KollegInnen wissen, dass die Gewerkschaften nur das sind, was sie vor Ort durchsetzen können. Sie suchen nach politischen Wegen, die aus der Durchsetzungskrise, in der die Gewerkschaften stecken, nicht die Schlußfolgerung verlangen, die eigenen Ansprüche an solidarische Normen und Instrumenten zu relativieren, sondern sie wollen politische Konzepte entwickeln, die es möglich machen die Reichweite erfolgreichen solidarischen Handelns auszuweiten. Für diesen Selbstverständigungsprozeß hat das öffentliche Auftreten insbesondere von Horst Schmitthenner gegen einen Marsch der IG Metall in die Neue Mitte eine wichtige Rolle gespielt.¹¹

Sicherlich muss die IG Metall neue Wege gehen und kann sich nicht auf eine Strategie des „weiter so und durch“ zurückziehen. Dies leugnen können nur Dummköpfe. Die verstärkte Adaptierung von Politikelementen des sog. „Dritten Weges“ bzw. der sog. „Neuen Mitte“ mag für die IG Metall neu sein. Doch, ob sie zu einer Stärkung der Gewerkschaften führt, kann zurecht bezweifelt werden. Nennenswerte Aufschwünge sind eher dann verzeichnen, wenn Teile der organisierten ArbeitnehmerInnen den Mut finden sich von dieser lähmenden Strategie zu lösen. Dies zeigte sich in den gesellschaftlichen Eruptionen, die die Streikbewegung in Frankreich 1995 auslöste und in den erfolgreichen Generalstreiks in Italien und Spanien dieses Jahr. Auch dürften die Streiks im Baugewerbe und in der Metallindustrie in Deutschland den geschwächten Gewerkschaften mehr Kredit und neue Mitglieder verschafft haben als die zweifelhaften Resultate ihrer Politik im Bündnis für Arbeit.

In dieser Richtung haben sich wohl auch die Mitglieder des Jugend-Zukunftskongresses der IG Metall in Halle im Herbst letzten Jahres bewegen wollen. Die Forderungen, die in den Arbeitsgruppen für geeignet befunden wurden, den Gewerkschaften eine Zukunftsperspektive zu geben, enthalten noch „Mut zu Visionen“, den die Zukunftsdebatte wecken wollte, der jedoch in den Leitdokumenten nicht

¹¹ Horst Schmitthenner/ Hans-Jürgen Urban: Sackgassen taugen nicht als Zukunftspfade; Freitag 25, v. 14.6.2002

Gestalt annehmen wollte. Gefordert wird eine Politik der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in den Metropolen und im Nord-Süd-Gegensatz, u.a. keine Tarifrunden ohne Umverteilungskomponente, die Kooperation mit außerparlamentarischen Bewegungen wie attac sowie ein organisierter Austausch von Gewerkschaften und Belegschaften zwecks Entwicklung gemeinsamer Gegenwehrstrategien. Erfrischend eindeutig wird gegen die Einschränkung von Bürgerrechten unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Front gemacht und ein Ende der Beteiligung der Bundeswehr bei militärischen Einsätzen gefordert. Im Fall des Krieges soll an einer eigenständigen Politik festgehalten werden. Auch die alte Forderungen der Konversionsarbeitskreise aus den 80er Jahren nach Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion hat hier wieder ihren Platz bekommen.¹²

Vielleicht kommt hier wieder etwas von dem stolzen und widerständigen Selbstbewußtsein hoch, das in dieser Organisation einmal Tradition hatte. Es bleibt zu hoffen, dass die Einbindung der jungen Gewerkschaftsmitglieder in die politische Kultur außerparlamentarischer Bewegungen dazu beitragen kann, dass dieser Geist auch in der IG Metall wieder mehr Raum gewinnt.

Jochen Gester
Berlin, 17. Juli 2002

¹² <http://www.igmetall.de/jugend/zukunftskongress/index.html>